

Deutsch-Ungarisches Forum 22. Jahrestagung



Deutsch-Ungarisches Forum

Am 8. und 9. November 2012 fand in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin die 22. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums statt. Nach dem erfolgreichen Start des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums im letzten Jahr fand auch in diesem Jahr ein Treffen des Jungen Forums statt. Die vom Institut für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK) organisierte Konferenz konnte auch in diesem Jahr wieder über 250 Teilnehmer, darunter hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft begrüßen. Sie nutzten die Konferenz zum gemeinsamen Gedanken- und Erfahrungsaustausch.

Eröffnungsplenum



Die beiden Ko-Präsidenten des Deutsch-Ungarischen Forums, Elmar Brok, MdEP und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und Prof. Dr. Péter Balázs, ehemaliger Außenminister von Ungarn und Vizepräsident des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung, begrüßten die Teilnehmer und stellten den Eröffnungsansprachen

kurze Statements voran. Elmar Brok warnte vor einem wachsenden Wettbewerb zwischen den Ländern der Eurozone und den restlichen Mitgliedstaaten sowie vor einer daraus resultierenden Entfremdung der Mitgliedstaaten untereinander. Bilaterale Diskussionsplattformen wie das Deutsch-Ungarische Forum könnten in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion übernehmen, weil sie zur Verständigung zwischen den Mitgliedstaaten beitragen. Auch ein Nicht-Euro-Land wie Ungarn könne zur Überwindung der Krise beitragen und Impulse für mehr Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit setzen. Péter Balázs betonte die enge und freundliche Zusammenarbeit beider Länder, die seit 22 Jahren in dem jährlich stattfindenden Forum zum Ausdruck komme. Im Namen der Landesvertretung Niedersachsen begrüßte der stellvertretende Dienststellenleiter Dr. Niels Kämpny die Teilnehmer des Forums. In den anschließenden Ansprachen standen die wirtschaftliche, historische und kulturelle Verbindung beider Länder im Mittelpunkt. Dr. Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Zentralbank, ging auf die Herausforderungen der ungarischen Wirtschaft ein und betonte, dass Ungarn sich auf dem richtigen Weg befände. Dabei komme den regulatorischen Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle zu, insbesondere ein gut funktionierender Bankensektor sei für jede Volkswirtschaft überlebenswichtig. Doch nicht nur Ungarn stehe vor Herausforderungen, angesichts der schwachen Wirtschaftslage gelte dies für ganz Europa. Es sei daher wichtig, dass Europa sich auf seine Stärken, wie seine Innovationsfähigkeit konzentriere. Enikő Györi,

Staatsministerin für Europapolitik im Außenministerium von Ungarn, erinnerte an die gemeinsame Geschichte beider Länder im Hinblick auf den Mauerfall vor 23 Jahren. Europa habe Deutschland zur Einheit verholfen, nun könne Deutschland Europa dabei helfen, diese Einheit zu bewahren. Jens Ackermann, MdB und Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe, lobte die Zusammenarbeit beider Länder im Bereich der Kultur. Das Forum, wie auch andere Organisationen, trügen zu einem kulturellen Austausch und kontinuierlichem Dialog bei. Dies sei besonders wichtig, da gesellschaftliche Herausforderungen, wie der demografische Wandel beide Länder auch zukünftig miteinander verbinden würde.

Paneldiskussion: Transformation und europäische Identität in Deutschland und Ungarn

Die Paneldiskussion zum Auftakt setzte sich mit den Identitäten in Deutschland, Ungarn und Europa auseinander. Neben den historischen Entwicklungen wurden insbesondere aktuelle Identitätskonstruktionen in den Mitgliedstaaten angesprochen.



Zu Beginn wurde auf die historischen Wurzeln der ungarischen Identität eingegangen. Diese beruhten auf einer Jahrhunderte langen Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen und der Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen mit allen Völkern. Hieraus habe nicht nur die früher verbreitete Mehrsprachigkeit in Ungarn, sondern auch die multikulturelle Identität Ungarns resultiert, welche essenziell zur industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes beigetragen habe. Im heutigen Ungarn besäßen viele Menschen wieder ein Bedürfnis ihre Traditionen und Geschichte stärker zu pflegen. Kritisch angemerkt wurde in diesem Zusammenhang, dass Ungarn bei der Erinnerungskultur noch von Deutschland lernen könne. Die Rückbesinnung auf historische Wurzeln und Traditionen gelte dabei nicht nur für Ungarn. Zu Beginn der 1990er Jahre seien Transformation und Europäisierung in den postkommunistischen Staaten Hand in Hand gegangen. Die Ungarn, ebenso wie die anderen Völker Osteuropas, hätten der EU großen Enthusiasmus und viel Vertrauen entgegengebracht. Heute nehme das Vertrauen in die EU hingegen rasant ab. Allerdings müssten diese Feststellungen durchaus differenziert betrachtet werden. Aus wissenschaftlicher Perspektive könne zwischen einer nutzerorientierten und einer emotionalen Dimension der europäischen Identität unterschieden werden. Bei ersterer gehe es um die Frage nach dem Nutzen der EU. Hierauf beziehe sich die sinkende Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Ungarn. Auf der anderen Seite stehe jedoch die emotionale Komponente, also das Gefühl, Europäer zu sein. Hier sähe die Lage in Deutschland sehr beruhigend aus: Die Mehrheit der Deutschen fühle sich sowohl deutsch als auch europäisch. Auch die Hälfte der Ungarn fühle sich ungarisch und europäisch. Insgesamt sei sogar eine Zunahme der emotionalen Bindung zu Europa, unabhängig von der

Nutzenorientierung, zu verzeichnen. Das Verhältnis der nationalen und der europäischen Identität zueinander sei zudem komplementär und interdependent. So wirke sich das jeweilige Verständnis von nationaler Identität auf die europäische aus, woraus sich unterschiedliche Konzeptionen von europäischer Identität ergäben.

Insgesamt kamen die Teilnehmer der Diskussion zu einem differenzierten Bild der Identitätsentwicklung sowohl in Deutschland als auch in Ungarn. Es wurde deutlich, dass die nationalen Identitäten keinesfalls im Widerspruch zu einer europäischen Identität stünden, sondern beide sich vielmehr gegenseitig ergänzten.

Ansprachen der Botschafter

Zur Eröffnung des Dinnerbuffets auf Einladung des ungarischen Botschafters in Berlin hielten die Botschafter beider Länder jeweils eine kurze Ansprache.



Der ungarische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. József Czukor, sprach von den schwierigen Zeiten, in denen sich Europa befände und mit denen sich das Forum dankenswerter Weise beschäftige. Die Aufgabe des Deutsch-Ungarischen Forums sei es, die Sachlichkeit in der Diskussion zu wahren und zu fördern. Das Verständnis von Europa sei in Deutschland und in Ungarn gleich. Beide Länder würden sich bereits in ihren Verfassungen zu Frieden und einem vereinten Europa bekennen. Abschließend begrüßte der Botschafter die Teilnehmer des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums und betonte die Bedeutung der Einbeziehung der jüngeren Generation in das Forum.

Der deutsche Botschafter in Ungarn, Dr. Matei I. Hoffmann, hob die Aufgabe der älteren Generation hervor den Jüngeren die Bedeutung der Geschichte zu erklären. Hinsichtlich der Aufarbeitung der näheren Vergangenheit sähe er andernfalls die Gefahr einer Spaltung der ungarischen Gesellschaft. Zum Abschluss sprach auch er sich erfreut über das Junge Deutsch-Ungarische Forum aus.

Panel I: Die Rolle Deutschlands und Ungarns in Zentraleuropa

Die erste Panelsitzung beschäftigte sich mit der Rolle Deutschlands und Ungarns in Fragen der regionalen Zusammenarbeit in Mitteleuropa sowie der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU. Die Region Mitteleuropa verfüge nicht nur über kulturelle Zusammengehörigkeit und wichtige, gemeinsame historische Erfahrungen, sondern sei auch von großer Bedeutung bei der Gestaltung künftiger EU-Erweiterungen und der Bewältigung der aktuellen Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, so der Tenor der Diskussion.

Für Ungarn bedeute dies, weiter zum Zentrum Europas zu streben. Aufgrund des mitteleuropäischen Selbstverständnisses sei es Ungarn sehr wichtig, einer Peripherisierung des Landes in Europa entgegen zu wirken. Für die weitere Europäisierung des Landes sei eine weitere Angleichung der

Wettbewerbsfähigkeit notwendig, weshalb die Beibehaltung der Höhe der Kohäsionsfonds für Ungarn von großer Bedeutung sei. Die laufenden EU-Haushaltsverhandlungen sollten deshalb von Deutschland und Ungarn für eine Stärkung der Kohäsionspolitik genutzt werden, so die ungarischen Vertreter.



Als ein weiteres Gebiet für die deutsch-ungarische Zusammenarbeit wurde in der Diskussion die Fiskalpolitik in Europa identifiziert, da beide Länder hier vernunftorientiert vorgehen. Allerdings befände sich Deutschland derzeit im Diskurs um eine angemessene Finanzpolitik der Eurozone in einer „Austeritätsfalle“. Die Hegemonie im Diskurs liege bei jenen, welche die propagierte Sparpolitik mit dem negativ besetzten Wort Austerität bezeichneten. Das Verständnis von durch Vernunft

geprägter Fiskalpolitik verbunden mit Wirtschaftswachstum („smart growth“) setze sich nicht durch. Ungarns Aufgabe könne es sein, zu einer erfolgreichen Konsolidierung der Fiskalpolitiken in Europa beizutragen, indem es die Sparpolitik positiv besetze.

Neben fiskal- und wirtschaftspolitischen Fragen wurde die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik thematisiert. Für künftige erfolgreiche EU-Erweiterungsprozesse sei es wichtig, aus den Erfahrungen der EU-Osterweiterung und dem Beitritt Kroatiens zu lernen. Die frühen Bekenntnisse zum Beitritt Rumäniens und Bulgariens hätten dazu geführt, dass Reformanreize nicht ausreichend gesetzt wurden. Der Fortschritt des Transformationsprozesses des Beitrittskandidaten Mazedonien und der Länder mit Beitrittsperspektive auf dem Westbalkan wurde insgesamt positiv bewertet. Auch die Entwicklung in Albanien und Montenegro sei insgesamt gut. In Mazedonien ließen sich allerdings zunehmend nationalistische Töne vernehmen, welche unter anderem durch den Konflikt um den Namen des Landes mit Griechenland geschürt würden. Ein Einlenken der griechischen Regierung könne dieser Entwicklung entgegenwirken und wäre deshalb wünschenswert. Serbien und das Kosovo müssten substantielle Fortschritte bei der Lösung ihres Konflikts zeigen. Insbesondere die Frage um das serbische Quasi-Protectorat im Norden des Kosovo müsse gelöst werden, so die Teilnehmer. Bosnien-Herzegowina zeige aufgrund des erodierenden Gesamtstaates kaum Fortschritte hinsichtlich eines EU-Beitritts. Grundsätzlich bestünde ein Konsens, dass weitere EU-Erweiterungen entschleunigt ablaufen müssten, um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten und einen effektiveren Heranführungsprozess der Beitrittskandidaten an die EU zu gestalten. Dies dürfe jedoch nicht zu einer Destabilisierung der Region führen.

Abschließend wurde die aktuelle Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik thematisiert. Deren mangelnde Transformationskraft zeige sich insbesondere anhand der Schwierigkeiten der EU-Ukraine Beziehungen, da das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine aufgrund eines offenen Wertekonflikts derzeit nicht unterzeichnet werde. Die größte Schwierigkeit der

Nachbarschaftspolitik, dass sie keine attraktive Alternative zur Teilhabe am europäischen Integrationsprojekt unterhalb der Ebene der Mitgliedschaft gebe, blieb ungelöst.

Die Teilnehmer erachteten eine Wiederbelebung der Nachbarschaftspolitik grundsätzlich für wichtig. Allerdings böten sich in der Fiskal- und Wirtschaftspolitik aktuell bedeutsamere Felder der Zusammenarbeit für Deutschland und Ungarn.

Panel II: Wirtschaft und Währung

Die Teilnehmer des zweiten Panels diskutierten die wirtschaftliche Situation in Ungarn und die aktuelle Währungspolitik in der EU.



Mit Blick auf die am Vortag veröffentlichte Wirtschaftsprognose der Europäischen Kommission stellten die Diskutanten fest, dass Ungarn seine Hausaufgaben gemacht habe. Ungarn werde zwischen 2010 und 2014 seine Staatsschulden um 5 % senken können und in den Jahren 2012/13 sein

Haushaltsdefizit unter 3 % halten. Damit sei das Defizit auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Ein besonders positiver und zukunftsweisender Trend in der ungarischen Wirtschaft sei der Anstieg der Beschäftigung, insbesondere in höher qualifizierten Berufen. Auch in Zukunft böten sich in der Informations-, Bio- und Nanotechnologie weitere Wachstumsmöglichkeiten für die Wirtschaft. In Europa würden diese Potenziale jedoch noch nicht ausreichend genutzt, wohingegen China bereits verstärkt auf diese Bereiche fokussiere und zunehmend in Konkurrenz zu Europa trete. Kritisiert wurde, dass in Ungarn ein gewisser Grad an Planungsunsicherheit vorherrsche, da Gesetzgebungspraxis und Reformbemühungen häufig intransparent seien. Dies sei ein Grund dafür, dass die Investorenanfragen aus Deutschland zurückgegangen seien und verhindere, dass Ungarn trotz sinnvoller Reformen nicht als Vorzeigeland gesehen werde.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete die aktuelle Währungspolitik in Europa. Da Deutschland der wichtigste Handelspartner für Ungarn sei, und Deutschlands Wirtschaft relativ unbeschadet in der Eurokrise dastehe, habe auch Ungarn kaum mit negativen Konsequenzen aus der Eurokrise zu kämpfen. Der gesamte Euroraum schaue aktuell auf Spanien und darauf, wie die EZB auf relativ schwache Reformen im Land reagieren werde. Die Konditionalität der Geldpolitik durch die EZB führe zudem zu einem Investitionsstopp in den südlichen EU-Staaten, weil diese ihre Haushalte konsolidieren müssen. Eine stärkere Inflation im Norden und eine Deflation im Süden könnten zur Lösung der angespannten Situation auf dem Geldmarkt beitragen. Eine Möglichkeit zur Entlastung der Haushalte von Spanien und Portugal wäre die Nutzung ihrer Goldreserven.

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass Ungarn trotz einiger Fehlentwicklung immer noch ein attraktiver Standort mit qualifizierten Arbeitskräften sei. Die Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung fiel in der Diskussion hingegen gemischt aus. Zwar sei Europa auf einem guten Weg, da erste Reformen begonnen worden seien und die Staatsverschuldung bekämpft würde, jedoch könne sich die anhaltende Unsicherheit weiter wirtschaftliche Entwicklung in der EU negativ auswirken.

Junges Deutsch-Ungarisches Forum

In seiner Begrüßung der Teilnehmer des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums zeigte sich Manuel Sarrazin, MdB und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe erfreut über die auch in diesem Jahr rege Teilnahme und ermutigte die Diskutanten, auch über den eigenen Tellerrand zu schauen. Es sei nicht entscheidend, alles über die Europäischen Institutionen zu wissen, sondern Interesse an Europa und seinen Ländern zu haben.

Um den Teilnehmern mehr Raum für Diskussion zu bieten, fand das Junge Forum in diesem Jahr im Format eines *World Cafés* statt. Die Teilnehmer konnten dabei zwei aus vier Themen zur Bearbeitung wählen: (1) Bürger in Europa/Europäische Bürgerinitiative; (2) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/Russland; (3) Erweiterungspolitik/Westbalkan; (4) Energie- und Umweltpolitik (Nachhaltigkeit). Nach einer halbstündigen Diskussion wechselten die Teilnehmer die Gruppen.

In der Diskussion „Bürger in Europa/Europäische Bürgerinitiative“ sprachen sich die Teilnehmer für eine Ausweitung der Austauschprogramme wie beispielsweise Erasmus aus. Auch wenn diese vor allem Eliten erreichten, könnten sie dennoch in die Gesellschaft wirken. Diese Programme müssten jedoch vermehrt durch Projekte an der Basis

gestärkt werden. Neben den Austauschprogrammen böte die Europäische Bürgerinitiative die Möglichkeit auf die veränderte Partizipationserwartung der Bevölkerung einzugehen. Damit sie aber diese Funktion wahrnehmen könne, müsse sie zum einen bekannter werden und sich zum anderen mit bürgerrelevanten Themen befassen. Die



Gruppe sah Bürgerinitiativen aber nicht im Gegensatz zur bestehenden Parteiendemokratie in Europa. Vielmehr gehe es um eine Stärkung der Demokratie auf allen Ebenen.

Die Diskutanten zum Thema „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/Russland“ setzten sich intensiv mit dem Verhältnis der EU zu Russland auseinander. Insbesondere die historische Entwicklung der beiden wurde als Grund für Unterschiede in der Sozialisation gesehen. In diesem Zusammenhang wurde bemängelt, dass die Erwartungen der europäischen Politik an die Transformationspotenzials Russlands oftmals zu hoch seien. Europas Möglichkeit, die Welt

außenpolitisch zu verändern sei geringer als es durch die Politik vermittelt werde. Aus diesem Grund wurde für mehr Realismus in der Außen- und Sicherheitspolitik aber auch in der Russlandpolitik plädiert.

Die Diskussionsgruppe „Erweiterungspolitik/Westbalkan“ beschäftigte sich insbesondere mit dem Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung. Dabei entstand eine lebhafte Diskussion, inwieweit die EU sich erst selbst konsolidieren müsse, bevor sie neue Mitglieder aufnehmen kann. Tue sie dies nicht, bestehe die Gefahr, dass die EU ihre Anziehungskraft für andere Länder verliere, womit künftigen Mitgliedern nicht geholfen wäre. Insbesondere mit Blick auf den Westbalkan stellten sich die Teilnehmer die Frage, was der Kern Europas sei, seine wirtschaftliche Leistungskraft oder die europäische Identität. Für eine erfolgreiche Integration der Länder im Westbalkan sei ein verstärkter Austausch zwischen beiden Regionen notwendig. Abschließend wurde die Aufnahme der Türkei diskutiert und die Frage, wie sich ein Abbrechen des Beitrittsprozesses mit der Türkei auf den Westbalkan auswirken könnte.

Die Gruppe „Energie- und Umweltpolitik (Nachhaltigkeit)“ setzte die Frage der Nachhaltigkeit in Bezug zu den Fragen der Energiesicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit. Essenziell sei dabei, dass Nachhaltigkeit als eigenständiges Ziel wahrgenommen würde. Dies könne insbesondere mit der Bildung erreicht werden, wobei neben der Bereitstellung von Informationen verstärkt Austauschprogramme und Wissenstransfer in den Blickpunkt rücken müssten. Zudem benötige eine nachhaltige Politik Solidarität auf europäischer Ebene. Eine verbesserte Energieeffizienz und eine verbesserte Infrastruktur müssten durch Investitionen aus der EU-Ebene finanziert werden und damit die reicheren Länder stärker belasten.

Insgesamt war die Diskussion in allen Gruppen von einer intensiven Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Lage und Rolle der EU gepaart mit den Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Zukunft geprägt.

Reden der Außenminister



Zum Abschluss der Veranstaltung sprachen der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, und der Außenminister von Ungarn, Dr. János Martonyi, zu den Teilnehmern des Deutsch-Ungarischen Forums.

Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Guido Westerwelle betonte zu Beginn seiner Ansprache, dass die deutsche Wiedervereinigung zu einem bedeutenden Teil den Menschen in Osteuropa und vor allem den Ungarn zu verdanken sei. Heute müsse nun die Einheit Europas vollbracht werden. Ungarn und Deutschland seien nicht nur enge Partner *in* Europa, wie zum Beispiel bei der Bildungszusammenarbeit, sondern auch enge Partner *für* Europa. Er ermahnte die Politik, sich nicht zu sehr von der öffentlichen Diskussion leiten zu lassen, wenn Politik für die Zukunft gemacht

werde. Man solle nicht immer nur den Preis, sondern auch den Wert Europas sehen. Frieden und Einigkeit seien keine Selbstverständlichkeit. Jedoch seien der Drang nach Protektionismus und die politischen Zentrifugalkräfte gerade in Krisenzeiten stark und müssten bekämpft werden. Er erinnerte die Zuhörer daran, dass Asien sehr bald schon 60 % der Weltbevölkerung sowie der Weltwirtschaft auf sich konzentrieren werde und stellte die Frage, wie Europa seine Werte verteidigen solle, wenn nicht gemeinsam. Gegenwärtig sei die Bewältigung der Krise vorrangig, wobei Europa auf einem guten Weg sei und auch die positiven Nachrichten Gehör finden sollten. Westerwelle schloss mit dem Appell, alle Mitglieder sollten zu dem Bau des europäischen Hauses beitragen und ein einzelner Mitgliedstaat solle nicht versuchen alle aufzuhalten.

Der Außenminister von Ungarn Dr. János Martonyi forderte, immer zuerst an den Wert und dann erst an den Preis einer Sache zu denken. Europa habe keinen Grund, das Vertrauen in sich zu verlieren, nirgendwo in der Welt gebe es eine vergleichbar hohe Lebensqualität wie hier. Im Folgenden kam er auf die enge Verbindung zwischen Deutschland und Ungarn zu sprechen und verwies beispielhaft auf die Verbindungen zwischen ungarischen Zulieferern und der niedersächsischen Automobilindustrie. Ungarn sei froh über das langfristige Engagement der deutschen Unternehmen im Lande. Er unterstrich, dass die neuen Steuergesetze für Stabilität und Sicherheit sorgten.

Grundsätzlich herrsche in Ungarn die Meinung vor, dass Europas Zukunft in Deutschlands Händen liege und dass der Erfolg Deutschlands somit auch in Ungarns Interesse sei. Allerdings sehe er ein Demokratie- und Führungsdefizit in der EU. Er beobachte eine Ambivalenz zwischen der Angst vor einer deutschen Führung und dem Verlangen danach. Zur Zukunft Europas gebe es gute Initiativen, zum Beispiel jene von der Außenminister-Zukunftsgruppe unter Führung von Westerwelle. Ungarn unterstütze dabei allerdings nur Vorschläge, welche die EU nach den Richtlinien Übertragung von Kompetenzen, Gleichheit, Solidarität, Wahrung der nationalen Souveränität und Flexibilität zusammenhalten. Ungarn sage *Ja* zu mehr Europa aber *Nein* zu mehr als einem Europa. Martonyi betonte, dass der Euro eine starke Währung sei und sich Europa daher auch nicht in einer Euro-Krise, sondern in einer Strukturkrise einiger Mitgliedstaaten befände. Die Situation sei jetzt besser als noch vor einigen Monaten und besser als sie wahrgenommen werde. Die Gemeinschaftsmethode müsse aber unbedingt aufrechterhalten und der Binnenmarkt geschützt werden. Er stimmte Westerwelle dahingehend zu, dass zukünftige Maßnahmen für alle offen gehalten werden müssten, um eine innere Spaltung der EU zu verhindern. Weiter sei es Ungarns erklärtes Ziel, zum Zentrum der EU zu gehören. Für sein Land seien die Kohäsionspolitik und die gemeinsame Agrarpolitik besonders wichtig. Eine Reduzierung des Finanzrahmens um 100 Milliarden sehe er als sehr problematisch an, wenn gleichzeitig Wachstum gefördert werden solle. Er schloss damit, dass er zuversichtlich und voller Hoffnung für die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn sei.